



**Beschlussauszug**  
aus der  
Sitzung des Stadtrates  
vom 30.10.2025

---

**Öffentlicher Teil**

**TOP 5     Resolution zum geplanten Stellenabbau mit Werksschließung bei BOSCH in Homburg**

RM Conigliaro erläutert, dass es sinnvoll sei, dass man nun einen gemeinsamen Text erarbeitet habe. Es sei ein sehr gutes Ergebnis dabei herausgekommen. In der Sache müsse man zusammenstehen. Der erste und der letzte Satz in der Resolution seien deren entscheidende Aussagen. Der ursprüngliche Text der SPD-Fraktion sei vom SPD Stadtverband Homburg gekommen. Dieser habe sich mit Vertretern des Unternehmens getroffen, was schließlich zu dem ursprünglich vorgelegten Ergebnis geführt habe. Er plädiere dafür, dass man in Homburg ein Bündnis für Arbeit, Beschäftigung und einen investitionsfreundlichen Wirtschaftsstandort Homburg einrichte. In diesem sollten alle relevanten Akteure, also die Stadtverwaltung, Gewerkschaften, Unternehmen und zivilgesellschaftliche Organisationen vertreten sein. Es solle in den Dialog eingebunden werden, Zukunftsbranchen fördern und Konzepte erarbeiten, weshalb Unternehmen in Homburg investieren sollten. Hierbei ginge es um die koordinierte Qualifizierung und Umschulungsmaßnahmen für von Arbeitsplatzverlust betroffene Beschäftigte, um Förderung einer engeren und abgestimmten Zusammenarbeit mit dem Saarpfalz-Kreis. Seine Fraktion werde hierzu einen Antrag in die nächste Ratssitzung einbringen, um dieses Bündnis zu gründen.

Auch RM Spaniol findet es wichtig, dass man einen Konsens gefunden und sich auf einen gemeinsamen Text geeinigt habe, trotz unterschiedlicher Auffassungen zur Industriepolitik in Land und Bund. Es handele sich um einen breiten Aufruf und man wolle die Unterstützung für die Betroffenen ausdrücken. Man zeige, dass man im Rat zusammenrücke, wenn die Zeiten schwierig seien. Die Resolution drücke aus, dass man mit voller Solidarität hinter den Beschäftigten und ihren Familien stehe. Schwerpunkt sei der Mensch hinter dem Arbeitsplatz. Der Verlust dieser Arbeitsplätze habe gravierende Folgen für ganze Familien. Der Arbeitsplatzverlust mache nicht an den Stadtgrenzen von Homburg halt. Industrielle Wertschöpfung müsse gemeinsam mit dem Mittelstand gesichert werden. Man müsse auf regionaler Ebene mit den Handelnden vor Ort Industrie- und Wirtschaftsdialoge führen. Wichtig sei hierbei eine enge Zusammenarbeit mit der IG Metall.

RM Rippel erklärt, dass dies auch viele andere Unternehmen trafe. Daher sei diese Resolution absolut richtig und wichtig. Sie zeige das, worauf es im Kern ankomme, nämlich die Solidarität des Stadtrates zu Bosch und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Er hoffe auf breite Zustimmung. Man habe deutliche Erwartungen an die Landesregierung. Dies sei die politische Ebene, auf die es in Zukunft ankommen werde. In Homburg habe man leider weder die rechtlichen Möglichkeiten noch die finanziellen Handlungsspielräume. Er hätte sich einen Einsatz des Wirtschaftsministeriums gewünscht. Man könne den Eindruck haben, das Engagement der Landesregierung ende in Saarlouis und erstrecke sich nicht bis nach Homburg. Die Lage werde in der gesamten Republik immer schlimmer. In der Automobilindustrie seien in den letzten zwölf Monaten über 50.000 Stellen weggefallen. Dies bekomme man im Saarland überdurchschnittlich stark zu spüren. Man müsse einen Rahmen setzen, um die Wertschöpfung in Deutschland zu halten. Es ginge auch um Unabhängigkeit. Mittlerweile bestehe eine gefährliche Abhängigkeit von China. Andere Länder handelten pragmatischer. China beispielsweise verbiete den Verbrennermotor nicht. Man müsse eine stärkere Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur anstreben.

RM Ulmcke findet die Entscheidung von Bosch nicht sinnvoll. Diese werde sich allerdings kaum noch einmal ändern. Man müsse konkrete Maßnahmen ergreifen, die langfristig helfen, um die Zukunft zu sichern und Lösungen zu finden. Dazu mache es Sinn, Gespräche mit den Chefs der entsprechenden Unternehmen zu suchen. OB Schöner habe dies zu seiner Zeit getan. Daher gehe er davon aus, dass der Oberbürgermeister jetzt, nachdem die Verwaltungsführung wieder komplett sei, dies so wieder aufnehme.

OB Forster berichtet, dass er bereits seit Jahren in ständigem Austausch mit den Werksleitern der Unternehmen sei. Diesen werde er natürlich noch weiter intensivieren. Auch mit Bosch sei er bereits früh im Gespräch gewesen. Sogar mit der Konzernzentrale habe er bereits gesprochen.

RM Piazzolo findet die Resolution sehr gut und tragbar. Auf Bundesebene müssten die Weichen besser gestellt werden.

RM Peter Wagner erklärt, man stehe fest zur sozialen Marktwirtschaft. Man trete dafür ein, dass Arbeiter immer deutlich besser gestellt seien als Empfänger von Sozialleistungen. Daher stehe man hinter den Arbeitern von Bosch und auch hinter denen von Schaeffler und Michelin. Sowohl die Energie- als auch die Personalkosten stiegen immer weiter. Für Bosch Homburg sei auch das Verbrenner-Aus ganz entscheidend. Der Bund müsse hier die Weichen stellen. Nicht nur die Arbeiter hätten ein Finanzproblem, sondern auch die Stadt Homburg und die gesamte Region werde ein großes finanzielles Problem bekommen. Der Wirtschaftsstandort müsse gefördert und gestärkt werden, Anreize für Neues schaffen, aber auch Altes erhalten. Deutschland sei als Wirtschaftsstandort unattraktiv geworden. Solange sich der Bundestrend nicht ändere, können man hier am Standort Homburg wenig ändern. Man werde aber alles tun, um die Arbeitsplätze zu erhalten.

### **Beschluss:**

Folgende Resolution wird beschlossen:

## **BOSCH in Homburg muss bleiben – für Arbeit und Beschäftigung am investitionsfreundlichen Wirtschaftsstandort Homburg**

Die Entscheidung von BOSCH, weitere 1.250 Stellen - dies betrifft etwa 1.500 Beschäftigte - abzubauen und das Werk West zu schließen, stellt einen dramatischen Einschnitt für die betroffenen Beschäftigten und ihre Angehörigen dar. Die Stadt Homburg und die gesamte Region stehen damit vor tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen. Strukturelle Veränderungen in der Automobilzuliefererbranche sowie die Schließung von Produktionsstandorten wie bei Schaeffler und Michelin kommen hinzu. Dadurch sind tausende Arbeitsplätze und letztlich die Stabilität der Region gefährdet. Der wirtschaftliche Strukturwandel hat für Homburg harte Konsequenzen - unsere Stadt ist bundesweit von den Umbrüchen in der Industrie mit am stärksten betroffen. An den Industriearbeitsplätzen im Stadtgebiet hängt ein Großteil unseres Wohlstandes. Der massive Abbau dieser Arbeitsplätze gefährdet auch die Zukunft der Zulieferer, Dienstleister und Handwerksunternehmen.

Der Stadtrat Homburg erklärt sich uneingeschränkt solidarisch mit den Beschäftigten am Standort Homburg. Wir sagen klar: Menschen dürfen niemals nur als bloßer Kostenfaktor gesehen werden! Der Verlust der Arbeitsplätze hat gravierende soziale Folgen für ganze Familien und unsere gesamte Region. Die Forderungen der IG Metall nach Beschäftigungssicherheit, dem Erhalt von Ausbildungsplätzen sowie einem klaren Bekenntnis zum Industriestandort in unserer Stadt sind vollumfänglich zu unterstützen.

Wir tragen allen politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen - kommunal über Kreis bis hin zu Land, Bund und Europa - auf, dafür zu sorgen, dass der Automobilstandort Deutschland wieder wettbewerbsfähig wird und dass die Menschen in unserer Region eine neue Perspektive bekommen. Dazu gehören der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen durch gezielte Standortpolitik, Investitionsförderung und Unterstützung von Unternehmen bei der Transformation der Arbeitswelt.

Neben der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der bestehenden Industrie brauchen wir weitere Ansiedlungen mit hochwertigen Arbeitsplätzen mit dem Ziel, industrielle Wertschöpfung gemeinsam mit dem Mittelstand zu sichern und freistehende Industrieflächen weiterzuentwickeln. Jüngste Entwicklungen am Zunderbaum zeigen, dass Homburg nach wie vor viel Potenzial als zweitgrößter Wirtschaftsstandort im Saarland besitzt.

Vor diesem Hintergrund fordert der Stadtrat insbesondere dazu auf, ein Bündnis für Arbeit, Beschäftigung und einen investitionsfreundlichen Wirtschaftsstandort Homburg anzustreben. Industrie- und Wirtschaftsdialoge auf regionaler Ebene mit den Handelnden vor Ort - mit Stadtverwaltung, Politik, Betriebsräten, Gewerkschaften und Unternehmen sowie den Akteuren der Zivilgesellschaft - spielen zur Sicherung der Arbeitsplätze eine große Rolle.

Der Stadtrat steht fest an der Seite der Belegschaften der BOSCH-Werke sowie hinter den Homburger Betrieben mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

**Gemeinsam werden wir um jeden Arbeitsplatz kämpfen!**

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

